

# Wer sind die Verlierer der Vernetzung?

Von der Industrie- zur Informationsgesellschaft

von Peter Glotz

In diesem Monat hat in Genf der erste Teil des UN-Weltgipfels über die Wissens- und Informationsgesellschaft begonnen; der zweite soll zwei Jahre später in Tunis stattfinden. Kann es gelingen, die säkulare Entwicklung von der Industrie- zur Informationsgesellschaft, die noch nicht annähernd abgeschlossen ist, in einer spektakulären Konferenz von Staaten richtig zu erfassen und zu beeinflussen? Oder werden sich, ähnlich wie bei vergleichbaren „Weltgipfeln“, die drei wesentlichen Akteursgruppen – Staaten, Wirtschaft, Organisationen der Zivilgesellschaft – in einem pathetischen, ermattenden, ergebnislosen Streit verfangen?

Streitgegenstände gäbe es genug. Die Entwicklungsländer verlangen einen „Digital Solidarity Fund“, während die größeren Industrieländer bilaterale Projekte bevorzugen. Viele Nichtregierungsorganisationen wollen die in Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen verankerten Informationsrechte um ein „Recht auf Kommunikation“ erweitern. Dahinter wittern viele Regierungen Eingriffsmöglichkeiten „des Westens“ in

die staatliche Souveränität schwächerer Staaten. Wie regelt man die „Cyber-Sicherheit“, bei der sich die Interessen der Wirtschaft und die Datenschutzansprüche von Bürgern gegenseitig im Weg stehen? Zusätzlichen Konfliktstoff haben die Russen geliefert, indem sie auf die militärische und terroristische Dimension der Cyber-Sicherheit verwiesen haben. Und schließlich ging es um das altbekannte Thema der Internetverwaltung. Viele der wirtschaftlich schwächeren Länder wollen die Kernressourcen des Internets einer zwischenstaatlichen Organisation unterstellen. Das lehnt die Weltmacht USA (in diesem Fall unterstützt von der EU) strikt ab. Sie will bei ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers), einer losen, amerikanisch beherrschten Superstruktur bleiben.

Im Übrigen standen auch die bei der Welthandelsorganisation (WTO) und bei der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) heftig umstrittenen geistigen Eigentumsrechte auf der Tagesordnung des World Summit on the Information Society (WSIS). All diese Themen enthalten explosiven Konfliktstoff, der in einer auf zwei Tage angesetzten, riesigen Konferenz nicht wirklich zu bewältigen war.

Das Leitthema des Weltgipfels war ohne Zweifel der „Digital Divide“, die

Prof. Dr. Peter Glotz, geb. 1939, ist seit 2000 Direktor des Instituts für Medien und Kommunikationsmanagement der Universität St. Gallen (Schweiz).

digitale Kluft, hier interpretiert als Disparität zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Für diese Disparität gibt es symbolische Geschichten, zum Beispiel die von Randall *Biliki* aus Honiara, der Hauptstadt der Salomon-Inseln im Südwestpazifik, der die Flaschenpost eines belgischen Paares gefunden hatte und schließlich in die Lage versetzt wurde, über einen Computer in der Schule seines Dorfes Kontakt mit seinen belgischen Partnern aufzunehmen. Der Computer wurde zur „E-Mail-Station“, angetrieben von einer 1-Kilowatt-Solaranlage und über Kurzwellenradio. Er verband den Jungen mit dem ersten und einzigen Internetcafé in der Hauptstadt Honiara. Irgendwann war Belgien in Minuten erreichbar. Die Flaschenpost, so *Biliki*, sei mittlerweile „zum Symbol unserer früheren Isolation“ geworden.

Handfester ist schon die Geschichte von *Nurjahan Begum* aus dem Dorf Buura in Bangladesch, handfester deshalb, weil die Geschichte auf gezielte Aktivitäten zurückgeht – der Grameen-Bank, der Weltbank, der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Deutschland. *Nurjahan* ist „Mitglied“ der Grameen-Bank, die gegründet wurde, um den Zugang von Armen zu Kleinkrediten zu ermöglichen. Sie kaufte sich ein Mobilfunkgerät auf Kreditbasis. Drei Jahre lang muss sie wöchentlich drei Euro zurückzahlen. Aber sie verdient Geld mit diesem Instrument; es ist zu einem Village Phone geworden. Wöchentlich werden knapp 200 Anrufe über dieses Mobilfunkgerät abgewickelt, die sich *Nurjahan* selbstverständlich bezahlen

lässt. Zum Beispiel informieren sich Kleinhändler mit Hilfe dieser Geräte über die Marktlage in der Stadt. Das Ganze ist eine Aktivität des norwegischen Telefonunternehmens Telenor, das sich mit der Grameen-Bank zusammengesetzt hat. Andernorts baut die Weltbank Mikrowellenverbindungen, die KfW finanziert über die lokalen Monopolisten die Ausweitung des Telefonnetzes. Dafür ist Laos ein Beispiel. Auch Hewlett Packard kooperiert mit der Grameen-Telekom/Grameen-Bank und hat ein Programm unter dem Titel E-Inclusion aufgelegt, mit dem armutsorientierte Lösungen auf Dorfebene vorangetrieben werden sollen.

Wer das Thema allerdings als Problem der klassischen Entwicklungspolitik sieht – der reiche Norden beutet den armen Süden aus bzw. der reiche Norden hilft dem armen Süden – geht in die Irre. Die digitale Revolution verändert die Verlaufsform der Marktwirtschaft auch in den großen alten Industriegesellschaften. Es gibt Gewinner und Verlierer sowohl im Norden als auch im Süden. Die Gewinner des Nordens sind natürlich die Vereinigten Staaten und einige bewegliche kleinere Industriegesellschaften, wie die skandinavischen oder Singapur. Im Süden zählen zu den Gewinnern einige Schwellenländer, vor allem Indien, das schon 1998/99 mit Software Umsätze von knapp vier Milliarden Dollar erzielte und 180 000 Personen in diesem Bereich beschäftigte. Aber auch China, Malaysia, Brasilien, Costa Rica und Südafrika gehören zu den Gewinnern. Verlierer könnten im Norden einige langsame, schwer be-

wegliche alte Industriegesellschaften mit rigide geregeltem Arbeitsmarkt sein, im Süden natürlich Schwarzafrika, aber auch Lateinamerika und manche asiatische Gesellschaften. Dieses Machtspiel wird kompliziert.

## Folgen der Digitalisierung

Was bewirken Elektronisierung, Digitalisierung und Vernetzung? Sie machen die Menschen, die diese Techniken intelligent nutzen, orts- und zeitunabhängiger, beweglicher, schneller, autarker, aber auch stärker auf sich gestellt. Die alte Massenmediengesellschaft hatte eine Punkt-an-viele-Struktur, einer strahlte aus, die anderen wurden bestrahlt. Die Logik der Telematik führt – wenn auch auf einem sehr langen Weg – zu einer Punkt-zu-Punkt-Struktur. Das bedeutet mehr Freiheit (übrigens auch für Leute auf den Salomon-Inseln), doch gleichzeitig mehr Risiko.

Um es an einem banalen, aber auch berühmten Beispiel darzustellen: Es entstehen fast unbegrenzte Möglichkeiten der Kopierbarkeit – und echte Schwierigkeiten mit der Sicherung geistigen Eigentums. Ein „neuer Mensch“ entsteht nicht, aber Ortssinn und Zeitgefühl, Geistesgegenwart, Geduld, Einnistungsfähigkeit und Beweglichkeit werden sich verändern. Es ist leicht möglich, dass der Software-schreiber aus Bangalore, der Internet-unternehmer aus Singapur und der Finanzdienstleister aus Zürich sich die notwendigen neuen „Tugenden“ schneller aneignen als der Maschi-

nenbauer aus Deutschland, der ENA-Absolvent aus Paris und der Facharbeiter aus der Emilia-Romagna. Weil sich keineswegs alle Menschen auf die neuen Medien einlassen werden, werden sich neue Märkte neu verteilen. Alte Wertschöpfungsketten werden zerschnitten, mit schmerzhaften Folgen an unterschiedlichen Ecken der Welt.

So ist es ein gravierender Irrtum, wenn man annimmt, dass das einzige Problem in den fehlenden Netzwerkverbindungen und der fehlenden Hardware im Süden bestehe. Dort fehlt zwar noch vieles; wichtiger als die technische Infrastruktur ist aber die Fachkompetenz. Indien bildet nahezu so viel englischsprachige Ingenieure aus wie die Vereinigten Staaten; und diese Leute sind häufig beweglich, emigrationsbereit und unternehmerisch aufgelegt. Solche Schwellenländer gruppieren Schlüsselakteure (wie Ausbildungszentren, Schulen, wettbewerbsorientierte große und kleine Unternehmen) in intelligenter Formation – und schon bedienen sie mit internationalem „Subcontracting“, eigener Software und – im Vergleich zu Europa – spottbilligen Löhnen wichtige Segmente des Weltmarkts. Gegenbeispiel ist Lateinamerika. Dort werden beispielsweise an allen Hochschulen weniger Promotionen in den Ingenieur- und Technikwissenschaften abgeschlossen als in Spanien. Der Hauptengpass in vielen Entwicklungsgesellschaften sind Bildungs- und Ausbildungssysteme. Sie sind oft genug nur auf den Qualifikationsbedarf in traditionellen Wirtschaftszweigen ausgerichtet.

Die Einstellung auf die digitale Revolution ist auch ein mentales Problem. Wenn zum Beispiel die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) nachweist, dass derzeit im von Arbeitslosigkeit geplagten Westeuropa knapp zwei Millionen Arbeitsplätze der Informations- und Kommunikationstechnik (I- und K-Technik) nicht vernünftig besetzt werden können, dann liegt das nicht an einem zu dünnen Netz an Hochschulen oder einer zu geringen Zahl an jungen Leuten mit den entsprechenden Begabungen. Es liegt an den Paradigmen der klassischen Industriegesellschaft, gelegentlich auch an den Paradigmen der Opposition zur klassischen Industriegesellschaft. Das Lehrprogramm in vielen Gesellschaften hat seine Schwerpunkte nach wie vor in den Sozial- oder Geisteswissenschaften, auch Lebensideale – planbare Freizeit, langer Urlaub, Entschleunigung – spielen eine Rolle.

Der Homo connectus – der vernetzte Mensch – ist eine neue Figur auf der Bühne der Sozialgeschichte. Es ist nur zu gut verständlich, dass die große Transformation durch die I- und K-Techniken die betroffenen Menschen verändert – und dass viele Menschen, gerade auch in den reichen Gesellschaften des Nordens, sich nicht verändern lassen wollen. Der digitale Kapitalismus erzeugt eine Komplexität, die nur durch einen wachsenden Kooperations- und Kommunikationsaufwand beherrscht werden kann. Die kreative Zerstörung, die der große österreichische Ökonom Joseph *Schumpeter* für den Industriekapitalismus beschrieb und

die sich im digitalen Kapitalismus radikal beschleunigt – verlangt „unternehmerische Einzelne“, die sich vor den Folgen der Veränderung nicht fürchten, und die nicht ständig fragen, was hinter der nächsten Ecke kommt. Aber wie groß ist die Zahl dieser Menschen? Wenn sie in Indien, China oder Brasilien sehr viel größer sein sollte als im alten Europa, könnte dieses Europa in zwei Jahrzehnten noch viel älter aussehen, als es der amerikanische Verteidigungsminister, Donald *Rumsfeld*, während des Irak-Kriegs vermutete, und das nicht aufgrund mangelnden Heldenmuts auf irgendwelchen, von George W. *Bush* definierten Schlachtfeldern, sondern wegen mangelnder Einstellung auf die neue, von den Informations- und Kommunikationstechniken geprägte Gesellschaft.

Gesellschaften können sich im Übrigen entscheiden; man kann nicht alles haben, die „volonté générale“ erzwingt ein bestimmtes Profil. Die Deutschen zum Beispiel haben (vorerst) beschlossen, dass sie unter keinen Umständen „gläserne Menschen“ sein möchten. Sie nehmen den Datenschutz so wichtig, dass deutschen Unternehmen viele Geschäfte, die amerikanische Unternehmen selbstverständlich machen – zum Beispiel im Internet –, verwehrt sind. Das ist eine legitime Entscheidung. Aber sie kostet Wachstum. Auf dem Weltgipfel zur Informationsgesellschaft werden die Deutschen keine Chance haben, sich mit ihrer Version des Datenschutzes durchzusetzen, obwohl ihre Position von einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen vehement vertreten wird.

## Staat gegen Markt

Es mag „neoliberal“ klingen, aber es ist eine Tatsache: Am stärksten wird die Diffusion neuer Techniken durch profitorientierte „Global Player“ vorangetrieben. Das wussten übrigens schon Karl *Marx* und Friedrich *Engels* in ihrem „Kommunistischen Manifest“; und der digitale Kapitalismus hat die Diffusionsgeschwindigkeit noch gewaltig vergrößert. Der stärkste Hinderungsgrund für die Ausbreitung von Telefonnetzen, Computern, Mobilfunkgeräten ist deshalb das Festhalten an staatlichen Telekommunikations- und Logistikmonopolen oder ein Wirtschaftsnationalismus, der es unerträglich findet, wenn die Telekommunikation von ausländischen Firmen betrieben oder mitbetrieben wird. Legitim sind selbstverständlich nationale Regulierungsinstanzen und Telekommunikationsgesetze, die bestimmte Bereiche der Kommunikation unter staatlichem Einfluss halten.

Ohne Zweifel trägt aber die ökonomische Öffnung eines Landes stärker zu der Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnik, von Internetzugängen und Mobilfunk bei als jeder noch so großzügig bestückte „Solidaritätsfonds“ von Staaten oder einer internationalen Organisation. Man analysiere den Preisverfall bei Ferngesprächen in Deutschland oder anderen deregulierten europäischen Gesellschaften. Allerdings setzt solch eine Öffnung entwicklungsstrategische Prioritäten. Staaten, die sich nicht auf die ökonomischen Veränderungen durch die I- und K-Techniken

einstellen, können auch aus angestammten Märkten verdrängt werden, weil die Kunden ihre Lieferketten natürlich auf die neueste Technologie umstellen. Auf der anderen Seite muss klar sein: Wer umgekehrt seine Zukunft in der Abschottung von der Weltwirtschaft sieht, die natürlich von den stärksten Spielern am stärksten beeinflusst wird, muss an staatlichen oder quasistaatlichen Telekommunikationsmonopolen festhalten. Der digitale Kapitalismus modernisiert nicht nur, er nivelliert auch. In den Flugblättern von „Attac“ kann man die entsprechenden Argumentationsketten nachlesen.

Derzeit wird eine kommunikative Abschottungspolitik – die da und dort übrigens auch mit dem Abschalten von Websites und der Kontingentierung des Internetzugangs Hand in Hand geht – nur von wenigen Staaten dieser Welt betrieben: China, Nordkorea, Myanmar usw. Die Hoffnung, dass man mit solch einer Technologie- und Medienpolitik weltabgewandte, eingefriedete und eigensinnige Zonen erhalten kann, ist allerdings gering.

## Zunehmende Ungewissheit

Neue Techniken führen nicht automatisch zu mehr Demokratie. Zwar kann man sich, wie aufmüpfige chinesische oder serbische Studenten nachgewiesen haben, mit dem PC gegen Diktatoren wehren. Wie sehr aber auch eine moderne Kommunikationsinfrastruktur für Vermachtung

anfällig ist, zeigt die journalistische Berichterstattung über große Konflikte – die jugoslawischen Nachfolgekriege, der Konflikt zwischen Israel und Palästina, der Irak-Krieg usw. Die Weltmeinung ist organisierbar.

Nehmen wir als Beispiel den zweiten Golf-Krieg von 1991. Gewitzt durch die – gegen den Krieg wirkende – Kriegsberichterstattung im Vietnam-Krieg hatte die amerikanische Militärzensur ein System des Pool-Journalismus durchgesetzt, demzufolge immer nur kleine Gruppen von Journalisten, vor allem Amerikaner, an handverlesene Plätze im Hinterland der kriegerischen Auseinandersetzung zugelassen wurden. Der deutsche Kommunikationswissenschaftler Martin *Löffelholz* schreibt: „Die Liveberichterstattung über den Krieg schuf Bedingungen, die eine Prüfung der zensierten Informationsangebote der Militärs und Politiker nahezu ausschloss. Viele Medien berichteten beispielsweise über die größte Panzerschlacht seit Ende des Zweiten Weltkriegs (bei Basra); diese Panzerschlacht hat tatsächlich nie stattgefunden, da die Irakis nicht zurückgeschossen haben. Die Fernsehsender weltweit sendeten Videoszenen, die den Einschlag von Präzisionswaffen dokumentierten und einen sauberen Krieg suggerierten; tatsächlich waren weniger als 10% aller Bomben mit Zielsteuerungssystemen ausgestattet. Diese vorgetäuschte Authentizität ... ermöglichte, dass fiktionalisierte Informationsangebote, für die eigentlich andere Systeme zuständig sind (wie zum Beispiel das Literatursystem), zu Nachrichten wurden.“<sup>1</sup>

Dass nachrichtenpolitische Linien im Übrigen nicht notwendigerweise von der Weltmacht vorgegeben werden müssen – wie es in den Golf-Kriegen der Fall war –, zeigen die jugoslawischen Nachfolgekriege. Inzwischen ist nicht mehr strittig, dass eine Reihe von Terroranschlägen, die den Serben angelastet wurden, in bewusster Täuschungsabsicht von Muslimen begangen wurden. Yossef *Bodansky*, langjähriger Berater der amerikanischen Regierung und Direktor der „Task Force for Terrorism and Unconventional Warfare“ des amerikanischen Repräsentantenhauses, hat sich zu diesem Problem folgendermaßen geäußert: „Es gibt seit 1992 eine lange Reihe von muslimischen Terroranschlägen und Scharfschützenangriffen auf die eigenen Leute; leitende UN-Beamte, hochrangige Militärs der UNPROFOR, französische und englische Untersuchungsteams und andere Experten bestätigen dies. Allerdings gab es die Bestätigung für selbst zugefügten Terror in Sarajewo erst nach langen und gründlichen Untersuchungen; da waren die schockierenden Bilder von den Blutbädern schon weidlich gegen die Serben ausgenutzt worden. Überdies wurden die späteren Erkenntnisse kaum je von den westlichen Medien verbreitet, da sie als ‚alte News‘ und nicht als ‚politisch korrekt‘ galten.“<sup>2</sup>

Inzwischen muss als ziemlich gesichert gelten, dass die Granate, die am 5. Februar 1994 auf dem Marktplatz von Sarajewo vor den Kameras der Weltpresse ein Blutbad anrichtete und die zum ersten Eingreifen der NATO in den Konflikt führte, eben-

falls von muslimischer Seite kam. Darüber hat sich zwar eine Diskussion in Fachzeitschriften und Büchern entwickelt. Eine Veränderung der fast wie eine Sprachregelung wirkenden Nachrichtengebung und -kommentierung in den elektronischen Medien wie in der Presse hat aber kaum stattgefunden.

Wie lässt sich öffentliche Meinung auch in demokratischen Staaten organisieren? Die Wissenschaft hält dafür vielfältige Antworten bereit. Edward S. Herman und Noam Chomsky sprechen vom „Manufacturing of Consent“, Leon Festinger von dem Drang zur Überbrückung kognitiver Dissonanz. In der Zusammenfassung von Peter Weibel: „Wenn die Menschen mit zwei sich widersprechenden Informationen konfrontiert werden, entscheiden sie sich für diejenige, die ihr Wissen bestärkt. Wir sehen die Nachrichten (News) und lehnen Neuigkeiten (News) ab, indem wir nur das auswählen, was unsere schon bestehenden Meinungen bestärkt. In diesem Gleichgewichtskordinationsmodell haben die Medien die Funktion, die Wünsche der Massen mit den Zielen der Elite abzustimmen.“<sup>3</sup> Die Frage ist, welche Abwehrmechanismen gegen solche „Regelmäßigkeiten“ entwickelt werden können.

## Verlierer auch in Europa

**D**igital Divide? Das ist ein ernstes Problem. Es ist allerdings nicht nur ein Problem zwischen Nord und Süd, zwischen den Vereinigten Staaten und Lateinamerika, zwischen der

Europäischen Union und Schwarzafrika. Es ist auch ein Problem in Europa selbst. Die EU muss sich z.B. zuerst einmal darauf konzentrieren, die höchst unterschiedlichen Verhältnisse in West-, Mittel- und Osteuropa einander anzugleichen. Schafft sie das nicht, sind die Chancen für ein Gelingen der europäischen Einigung (und eine funktionsfähige Organisation der Europäischen Union) relativ gering.

Im Übrigen ist die digitale Kluft auch ein innergesellschaftliches Problem, und zwar gerade in reichen Gesellschaften. Die so genannte „Wissensgesellschaft“ produziert weniger auskömmliche Jobs als die gute alte Industriegesellschaft. Gleichzeitig entzieht sich die globalisierte Wirtschaft dem Zugriff des regulatorischen Nationalstaats. Das Ergebnis ist das, was ich in einem 1983 geprägten Begriff die „Zweidrittelgesellschaft“ nenne: Die entscheidenden Wissensarbeiter an der Spitze der Informationswirtschaften nehmen einen Block von rund zwei Drittel der Erwerbstätigen (einschließlich abnehmender Industriearbeit und eines kleinen Agrarsektors) mit; diesem Zweidrittelblock steht aber ein drittes Drittel gegenüber, das eine völlig neu komponierte Unterschicht darstellt. Das dritte Drittel setzt sich zusammen aus Leuten, die im digitalen Kapitalismus nicht gebraucht werden, also arbeitslos sind, und aus Leuten, die die Beschleunigung nicht mitmachen können oder nicht mitmachen wollen und zu „Absteigern“ werden. Auch zwischen dem Zweidrittelblock und dem dritten Drittel wird sich eine digitale Kluft aufbauen – nicht in dem Sinn,

dass das gesamte dritte Drittel von der modernen Informationstechnik ausgeschlossen wäre. Unter den Absteigern wird es einen erheblichen Anteil von Leuten mit hohem Medien- und Computer-Können geben. Es gibt dort aber genauso „Vernetzungsverlierer“.

Verschärft wird die Gefahr einer Konfrontation zwischen dem Zweidrittelblock und dem dritten Drittel durch die Tendenz bei vielen Wissensarbeitern, sich um den Rest der Gesellschaft nicht mehr zu scheren. „Sie laufen Gefahr“, hat Anthony Giddens gesagt, „den Kontakt zum Rest der Gesellschaft zu verlieren – teilweise deshalb, weil man am oberen Ende verdammt viel Geld verdienen kann, und

zwar nicht altes Geld, sondern neues Geld, und es sind sehr junge Leute involviert. Die können sehr rücksichtslos sein.“<sup>4</sup> Christopher Lasch spricht sogar von einem „Aufstand der Eliten“: „Die internationale Sprache des Geldes wird die lokalen Sprachen übertönen.“<sup>5</sup> Damit würde die Kuppelung im Auto des digitalen Kapitalismus defekt. Mit gerissenem Kuppelungsseil kommt man aber nicht weit; man rollt nur noch ein paar Meter. Die digitale Kluft ist ein umfassendes Problem. Das, was auf internationalen Konferenzen davon diskutierbar (oder gar lösbar) ist, ist nur eine Teilmenge des Ärgers, der mit Sicherheit auf uns zukommen wird.

## Anmerkungen und Literatur

- <sup>1</sup> Vgl. Martin Löffelholz (Hrsg.), *Krieg als Medienereignis*, Opladen 1993, S. 54.
- <sup>2</sup> Yossef Bodansky, zitiert nach Burkhard Müller-Ullrich, *Medienmärchen: Gesinnungstäter im Journalismus*, München, 1996.
- <sup>3</sup> Peter Weibel, *Von der Bürokratie zur Telekratie – Rumänien im Fernsehen*. Ein Symposium aus Budapest, Berlin 1990, S. 126.
- <sup>4</sup> Vgl.: *Politik der Lebensführung*. Telepolisgespräch mit Anthony Giddens, in: *Telepolis*, <<http://www.heise.de/tp/deutsch/html/result.xhtml?url=/tp/deutsch/special/eco/6198/1.html&words=Giddens>>, 25.11.1997.
- <sup>5</sup> Christopher Lasch, *Die blinde Elite. Macht ohne Verantwortung*, Hamburg 1995, S. 42.

Zum WSIS vgl. die Resolution 56/183 der UN-Generalversammlung (hier abgedruckt auf S. 81 ff.) Das WSIS-Sekretariat hat in einem 400-Seiten-Bericht die zu diskutierenden Ideen aufgelistet.

Vgl. weiter Anja Kaschta, Manuel Fröhlich, Wolfgang Kleinwächter, *Zur Verknüpfung der Netze*, in: *Frankfurter Rundschau (FR)*, 26.8.2003. Instrukтив auch Andreas Stamm, *Die digitale Kluft zwischen Nord und Süd*, in: *FR*, 8.8.2001, und Joachim Müller-Jung, *Netzwerkrevolution in den Armenhäusern*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.8.2002, sowie Joachim von Braun, *Buschfunk per Laptop und Handy*, in: *Handelsblatt*, 8.5.2001. Vom Verfasser: *Die beschleunigte Gesellschaft*, München 1999.